



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/39

15. Februar 1950

Wer wird Bann im Ausland vertreten?

sp. Auslands-Vertretungen waren von jeher begehrte Posten. Als Konsul oder Legationsrat meldeten sich hohe Offiziere, Hochadel und bestes Bürgertum in Scharen. Da konnte man doch wenigstens mitreden im Weltkonzert, wenn man auch leider oft genug sein Instrument nur schlecht oder gar nicht beherrschte. Seitdem die alliierten Hohen Kommissare konsularische Vertretungen in Washington, London und Paris freigegeben haben, hat der Wettlauf um die Posten der Missionschefs und der Mitglieder der Vertretungen eingesetzt.

Trotz diesen drei Konsulaten, trotz SEEC-Vertretungen in Paris und Washington, trotz Handelsverträgen gibt es immer noch kein Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Dabei wird niemand leugnen können, dass aussenpolitische Arbeit sozusagen von selbst laufend anfällt.

Die Alliierten scheinen noch nicht bereit zu sein, einem deutschen Aussenministerium ihre Zustimmung zu geben. Die Hohen Kommissare sind ein wenig verstimmt, weil die deutschen Politiker schon zuviel Aussenpolitik betrieben und dabei oft genug das erforderliche Taktgefühl vermissen liessen. Amerikanische Beamte aus der unmittelbaren Umgebung des Hohen Kommissars McCloy äusserten die Meinung, dass die deutsche Regierung noch viele innerpolitische Schwierigkeiten zu lösen hätte, bevor sie daran denken dürfte, Aussenpolitik zu machen. Wenn erst einmal die wirklich beängstigenden innerpolitischen Schwierigkeiten wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Flüchtlinge gelöst seien, würden die Hohen Kommissare nicht zögern, einem deutschen Aussenministerium zuzubilligen.

Der Bundeskanzler scheint die Absicht zu haben, bis dahin alle aussenpolitischen Fragen ganz allein behandeln zu wollen. Unter seinen Fittichen haben sich verschiedene Ämter und Dienststellen aufgetan, die sich alle irgendwie mit aussenpolitischen Fragen beschäftigen, aber selbstverständlich in vollkommener, direkter Ab-

hängigkeit vom Kanzler. Da ist einmal das Organisationsbüro für konsularische und wirtschaftliche Vertretungen im Ausland unter

Dr. Haas, das vorerst in den Verwaltungsgebäuden in der Rheindorferstrasse in Bonn Unterkunft gefunden hat. Wie das Büro selbst erklärt,

sei die Vorbereitung der konsularischen Vertretungen seine Aufgabe. Auch sei es einzig eine Aufgabe dieses Büros, dem Kanzler eine Vor-

schlagsliste von Persönlichkeiten für die drei jetzt zu besetzenden Generalkonsulate vorzulegen. Alle bis jetzt in der Öffentlichkeit

genannten Namen seien Spekulationen. Die drei Generalkonsulate würden nicht vor April besetzt. Die Vorschlagsliste sei noch nicht

fertig, würde aber in Kürze vorgelegt. Obwohl nach der Aussage aller Dienststellen die Arbeiten nicht koordiniert sind, steht in der

aussenpolitischen Rangfolge dieses Organisationsbüros an erster Stelle.

An zweiter Stelle steht das Deutsche Büro für Friedensfragen unter Generalkonsul a.D. Dr. Peter Pfeiffer, dem Bruder des Chefs

der bayerischen Staatskanzlei. Als dieses Büro 1947 von den Ländern der amerikanischen Zone in Stuttgart gegründet wurde, sollte es Ma-

terial für eine Friedenskonferenz sammeln. Es ist mittlerweile nach Bonn übersiedelt und hat im Museum König Platz gefunden. Heute

werden hier Gutachten ausgearbeitet zur Oder-Neisse-Linie, zum Ruhrstatut, zum Saarproblem, zur Demontage, zur Frage der Besatzungs-

kosten und vielen anderen Problemen. Es hat also gewissermassen alle die Massnahmen vorzubereiten, die in der Aussenpolitik von

deutscher Seite getroffen werden müssen. Ausserdem hat Dr. Pfeiffer die Ausbildung des diplomatischen Nachwuchses und die Vorbereitung

eines unabhängigen Studieninstitutes für aussenpolitische Fragen übernommen. Es arbeitet auf diesem Gebiet eng zusammen mit Dr. Theo

Kordt, dem aussenpolitischen Berater von Ministerpräsident Arnold und zugleich Dozent an der Bonner Universität. Auch das übrige

Personal der Friedensbüros - Dr. Kordt war Botschaftsrat in London - rekrutiert sich zu einem grossen Teil aus Angehörigen des früheren

auswärtigen Dienstes, während das Organisationsbüro Wert darauf legt, seine Mitarbeiter aus allen Schichten zu gewinnen.

Schliesslich gibt es den Verbindungsstab zur Oberkommission unter Herrn Blankenhorn, der besonders deutlich provisorische Zü-

ge trägt, der aber ebenso sichtbar auch in eigentlich aussenpolitischen Fragen mitzureden wünscht. Das alles sei hier nur referierend

gesagt. Viel Kritisches bliebe hinzuzufügen.

Die Ost-West-Wanderung in Österreich

-s, Wien, im Februar

Wien hat heute um 20 Prozent weniger Einwohner als 1934, Salzburg aber hat 112 % mehr; Wiener-Neustadt zählt um 22 % weniger als damals, aber Linz um 72 % mehr, Graz um 33 % mehr, Klagenfurt 28 %, Villach 40 %, Bregenz um 50 % mehr. Es sind viele Flüchtlinge, die 1945 vor der nahenden Front aus Wien und Ostösterreich in den Westen gingen, nicht mehr zurückgekehrt; Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien sind vor allem in den Westgebieten geblieben. Die Folge ist Wohnungsnot, aber auch Bautätigkeit, Gründung neuer Industrien usw. Die Anwesenheit von Menschen ist noch immer das stärkste Wirtschaftsmotiv.

Es ist eine Übereinstimmung zwischen dem Menschenstrom und dem Kapitalstrom. Es haben Wiener Firmen Filialen im Westen errichtet oder bestehende Zweigstellen vergrössert. Maschinen sind den Menschen nachgezogen. Man schafft Ausweichmöglichkeiten "für alle Fälle". Die Geldanstalten haben vor 1938 ihre westlichen Zweigstellen oft nur zu Repräsentationszwecken gehalten; im Sommer war eine Bankfiliale in Salzburg notwendig, das Jahr über war sie nicht mehr als Zahlstelle. Heute ist das anders. Es ist eine Dezentralisierung, die auch ihre guten Seiten hat. Vor allem wird man - indem man sich auch endlich freimacht von der Romantik der Wiener Lieder - sagen müssen, dass Wien doch seit 1918 zu gross und deshalb ein krisenanfälliger Block war; mit der historischen Aufgabe sind eben zuviele Existenzmöglichkeiten verloren gegangen, und die Ersatzschöpfungen erwiesen sich oft recht unproduktiv.

So ist eine aktive Flucht von Menschen und Geld aus Ostösterreich nach den westlichen Bundesländern festzustellen. Auch die Sparkasseneinlagen sind im Westen grösser, Gelder von Ostkunden kommen dazu - was natürlich in der offiziellen Statistik nicht ersichtlich wird, da man ja den Schein des gesamtstaatlichen Durchschnittes wenigstens statistisch wahrt (und damit zwar mathematisch richtige, aber sachlich irreführende Zahlennachweise gibt).

Es kommt aber die Ungleichmässigkeit der neuen Investitionen dazu. Der neue Linzer Bahnhof ist ein Prachtbau; in Wien hat man gerade notdürftig repariert. Auch die Marshallplangelder suchen natürlich soweit wie möglich Ansatzpunkte in den Westgebieten.

Auslandskapital bleibt am liebsten gleich in Vorarlberg oder Tirol

(bisher sind allerdings nur die illegal zu sehr teuren Spekulationskursen eingeflossenen Beträge bedeutend).

Die Bewegung vollzieht sich stetig und allmählich, aber mit hysterischen Zuckungen zu Zeiten, wo das Problem Österreich wieder zur Weltdebatte steht; insbesondere haben jüngste Gerüchte wieder beunruhigt, wonach Moskau zweiseitige Verhandlungen mit Österreich einer Fortsetzung der Viermächtekonferenzen über den Staatsvertrag vorziehen würde... Es ist natürlich, dass nur die Hilfloseren mit einer binnenländischen Wanderung von Osten nach Westen zufrieden sind; viele gehen weiter, Kapital wandert ins Ausland und viele Menschen bemühen sich, mitzugehen. Offiziell schickt z.B. eine Vorarlberger Textilfabrik einige alte Maschinen nach Südamerika - in Wirklichkeit entsteht dort eine moderne Filiale.

- 0 - 0 -

Das illegale 13. Bundesland

Lindau, der Zwergstaat an der "Deutschen Riviera", machte in letzter Zeit viel von sich reden. Zuerst vergass man, ihn in Bonn in das Grundgesetz aufzunehmen. Das war im August 1949. Ein besonderer Staatsakt wurde damals notwendig, um das Versäumte nachzuholen. Ende des Jahres revanchierte sich Lindaus Landesvater, Kreispräsident Zwisler. Ohne sich um seine vielen Vorgesetzten zu kümmern - Lindau untersteht in Wahrheit vier Herren (nämlich Bayern als um die emanzipierte Tochter beunruhigter Staatsmutter, Württemberg-Hohenzollern als derzeitiger zuständiger Staatsvater, der französischen Besatzungsamt als Erzieher mit dem Besatzungsrohrstock und der USA-Army als wohlwollend im Hintergrund stehender Gouvernante) - bewilligte er einer grossen Münchener Finanzgruppe mit internationalen Verbindungen die Lizenz für die Erstellung eines Spielkasinos. Denn Lindau braucht Geld. Die Arbeitslosigkeit ist in seinen Mauern gross. Jeder 5. Lindauer hat keine Arbeit. Die Stadt zählt über 1,000 Arbeitslose gegen 125 um die gleiche Zeit im Vorjahr.

Kaum war die Spielbankaffäre zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt, erregte eine staatspolitische Kontroverse zwischen dem Kreispräsidenten und dem Landrat des Kreises die Gemüter. Weit über seine Grenzen hinaus wurde man auf Lindau aufmerksam und begann, sich zu wundern. Im Hintergrund dieses merkwürdigen Streites aber leuchtete schlagartig das Südweststaatsproblem auf. Landrat

Berenklau - ein wenig auf die Stellung seines hohen Chefs eifersüchtig - versuchte, Herrn Zwisler in München anzuschwärzen. Zwisler

sollte angeblich den bayerischen Löwen (das Wahrzeichen Lindaus an der Hafeneinfahrt) nach Württemberg-Hohenzollern entführen wollen.

Das schlug natürlich dem Fass den Boden aus. "Hie gut bayerisch allewege", scholl es aus dem Mund des Kreispräsidenten zurück.

Das Echo wurde in München wohlgefällig aufgenommen. Nie habe München an Lindaus "bayerischer Haltung" gezweifelt, tönte es zurück.

Des Landrats übereiliger Rettungsversuch, Lindau durch Überführung in den bayerischen Staatsverband vor der drohenden Südweststaats-

flut zu retten, brach ihm jetzt das Genick. Noch ist die Zeit für derartig staatspolitische Massnahmen nicht gekommen. Der Land-

rat wurde - mit Münchens Einverständnis - durch den Staatspräsidenten seines Amtes enthoben.

Lindaus Landesvater aber regiert weiter und führt mit starker Hand das Steuer seines kleinen Staatsschiffleins durch die

hohen Wellen der Politik. Er genießt aber auch das volle Vertrauen seiner "Untertanen". Damit seine diktatorischen Gelüste je-

doch nicht überhand nehmen und womöglich Schaden anrichten, da er ja wegen seiner verfassungsmässig einmaligen Zwitterstellung kei-

nem der "Vier Grossen" völlig unterstellt ist, hat sich Lindau ein Parlament als Sicherheitsventil angeschafft und es seinem "Land-

desvater" zur Seite gestellt. Ein Ausschuss in Form eines beratenden Organs, das aus dem Kreisrat und den politischen Parteien be-

steht, hat dem Kreispräsidenten mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Die Nachkriegszeit hat auch hier ein eigenartiges Gebilde geschaffen, das man nicht so leicht ein zweites Mal finden wird. Die

Lindauer selbst haben sich mit Geschick in die augenblickliche Situation gefunden und nützen sie zu ihren Gunsten aus. Wer wollte

es ihnen auch verargen. Aber im Grunde ihres Herzens sind sie gute Bayern geblieben, und wenn einmal aus München der Ruf "heim

ins Reich" laut werden sollte, wird kaum ein Lindauer zurückbleiben.

Dr.W.H.

"Fortschrittliche" Haushaltspläne

sp. Kulturpolitik ist nach kommunistischer Auffassung nichts anderes als ein Mittel zur politischen Erziehung. Ein Vergleich der im Investitionsplan des Landes Brandenburg für 1950 vorgesehenen Ausgaben für den Auf- und Umbau von Schulen und Kulturstätten und den Subventionen für politische, unter kommunistischem Einfluss stehende Organisationen zeigt, dass die Ausgaben für diese politischen Organisationen die Ausgaben für kulturelle Investitionen wesentlich übersteigen; einer Planziffer von 12,3 Millionen Mark zum Ausbau von Schulen und Kindergärten stehen Ausgaben von 13,75 Millionen Mark allein im Lande Brandenburg an Subventionen für solche Organisationen gegenüber. Im einzelnen sind vorgesehen für den Frauenbund 1 063 000 M, für die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft 4 012 000 M, für die VVN 4 Millionen M, FDJ 2 002 000 M, Jungen Pioniere 521 000 M, FDJ-Schulen 862 000 M, Kulturbund 200 000 M, Jugendheim-G.m.b.H., Bildpropaganda, Kultur-Fonds usw. insgesamt 100 000 M.

Andererseits ist das Land Brandenburg nicht in der Lage, die Voraussetzung für einen ordnungsmässigen Ausbildungsweg der jugendlichen Gehörlosen des Landes Brandenburg zu schaffen. Von 240 gehörlosen Jugendlichen im schulpflichtigen Alter können nur 16 an der Landesgehörlosenschule in Eberswalde aufgenommen werden, weil das Land angeblich nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen kann! Rund 80 Kinder verlieren wertvolle Jahre ihrer Ausbildung, so dass die Gefahr besteht, dass sie eines Tages als nicht erwerbsfähig dem Staat zur Last fallen werden. Zur Stalin-spende aber trieb der FDGB im Lande Brandenburg rund drei Millionen M ein und das ehemalige Waisenhaus in Potsdam soll mit einem Kostenaufwand von rund fünf Millionen M als Sitz des Landesvorstandes des FDGB wiederhergestellt werden.

- o - o -